

## Pressemitteilung

# Wieder neue Seuchenfälle – wieder Überraschung in Potsdam

Interessengemeinschaften der Schweinehalter werfen Brandenburg Nachlässigkeiten bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest vor

Die Zahl der an Afrikanischer Schweinepest (ASP) verendeten Wildschweine steigt in Deutschland praktisch täglich an. 554 Kadaver wurden seit dem ersten Fund im September 2020 bislang (Stand: 22.1.2021) aufgefunden, 537 davon in Brandenburg, 17 in Sachsen. Wie hoch die Dunkelziffer ist, weiß niemand. Wie viele Schweine infiziert sind, ist ebenfalls unbekannt.

Am Dienstag dieser Woche (19.1.21) wurden bei Golzow im Landkreis Märkisch-Oderland erneut zwei Kadaver von Wildschweinen entdeckt, die nachweislich an ASP verstorben waren. Man fand sie zwei Kilometer außerhalb der ASP-Kernzone. Wie lange die Kadaver der Überläufer in dem unwegsamen Gelände lagen, war nicht festzustellen. Das Kerngebiet soll nun entsprechend erweitert werden, aber wieder zunächst nur mit einem mobilen Elektrozaun, wie Verbraucherstaatssekretärin Anna Heyer-Stuffer mitteilte. Diese kleinen Zäune können Wildschweine aber offensichtlich kaum abhalten, vor allem dann nicht, wenn die Einrichtungen defekt sind, keinen Strom führen oder umliegen, wie Jäger und Landwirte vielerorts in Brandenburg beobachtet haben.

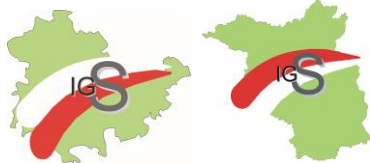
### **In Brandenburg fehlen noch immer rund 250 Kilometer feste Zäune**

Was noch immer auf einer Länge von rund 250 Kilometern an der Grenze zu Polen und um die Kernzonen herum fehlt, sind fest im Boden verankerte Stahlzäune mit einer Höhe von 1,5 Metern. „Mobile Zäune, die nicht regelmäßig auf ihre Funktion hin geprüft und gewartet werden, bieten keinen ausreichenden, dauerhaften Schutz. Dafür haben wir jetzt den traurigen Beweis“, schrieb Henrik Wendorff, der Präsident des brandenburgischen Landesbauernverbandes, angesichts der neuen ASP-Funde. Er fordert den Landkreis Märkisch-Oderland auf, beim Bau der festen Zäune das Tempo zu forcieren: „Die Aktivitäten müssen darauf ausgerichtet werden, die Entnahme von Schwarzwild im Kerngebiet und der angrenzenden weißen Zone bis Ende März abzuschließen.“

### **Der Landestierarzt malt ein Szenario von zwei Jahren der ASP-Bekämpfung aus**

Die Interessengemeinschaften der Schweinehalter haben diese zeitliche Dimension in ihrem *Whitpaper* „Afrikanische Schweinepest in Deutschland. Status quo der Bekämpfung und Vorschläge, sie zu optimieren“ vom 15. Januar 2021 genau so angemahnt. Denn ab April wird die sprießende und dichter werdende Vegetation die Bejagung des Schwarzwildes nahezu unmöglich machen.

Aber sämtlichen Aufforderungen, die Bekämpfung der Seuche prioritär zu behandeln und zu intensivieren, hat die Landesregierung in einem Videogespräch mit den Interessengemeinschaften eine Absage erteilt. Sehr zum Missfallen der betroffenen Landwirte. Landestierarzt Dr. Stephan Nickisch



meinte: „Belgien hat mehr als zwei Jahre gebraucht, um ASP-frei zu sein. Und ich denke, diese Zeit werden wir brauchen.“ Er verwies auf die „enorme Schwarzwilddichte“. In Brandenburg handele es sich um eine sieben- bis achtmal so große Fläche wie in Belgien.

### **Polen hat abgelehnt, eine weiße Zone zu errichten**

Gleichzeitig haben die polnischen Behörden abgelehnt, eine weiße Zone gegen den Infektionsdruck aus ihrem Land zu errichten, wie Heyer-Stuffer bestätigte. Die Landesregierung Brandenburg sehe daher die Gefahr eine Einschleppung über Jahre hinweg. „Die ASP ist ein Marathon – nicht zu vergleichen mit der Geflügelpest“, so die Politikerin.

Immerhin nahm sie die in dem *Whitepaper* dargelegte Idee auf, die Zäune entlang der Autobahnen 10, 11, 13 und 17 in Brandenburg und Sachsen von Norden nach Süden als zusätzliche Barriere gegen die ASP auszubauen. Das hatte auch die Initiative Schweinehaltung Deutschland (ISD) vorgeschlagen, die die Forderungen der vier ostdeutschen Interessengemeinschaften vollends unterstützt. Heyer-Stuffer sagte, ihr Ministerium habe sich beim Bundesverkehrsministerium bemüht, dass dieses Vorhaben in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werde, und man habe sich ans Bundeswirtschaftsministerium gewandt, damit die Autobahn GmbH die Arbeiten umsetzen lassen kann. Zudem erkannte die Leiterin des Landeskrisenstabes die Notwendigkeit einer besseren Koordination und Kommunikation mit den Betroffenen vor Ort und regte an, man müsse den Bund bitten, einen runden Tisch auch mit den Schweinehaltern einzurichten.

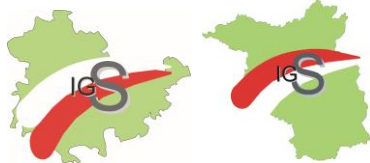
### **Brandenburg geht zu lasch und zu inkonsequent gegen die Tierseuche vor**

Aus Sicht der Interessengemeinschaften der Schweinehalter in vier ostdeutschen Ländern geht die Landesregierung in Potsdam zu lasch und inkonsequent gegen die ASP vor. Der Preisverfall beim Schweinefleisch, der Exportstopp in Drittländer und das drohende Übergreifen der Tierseuche auf Hausschweinebestände machen den Schweinehaltern große Sorgen.

Die Interessengemeinschaften schlagen vor bzw. fordern folgende Maßnahmen:

1. Die Landesregierung Brandenburg sollte umgehend für feste Zäune entlang der Grenze zu Polen, um die gefährdeten Gebiete und entlang der Autobahnen 10, 11 13 und 17 von Nord nach Süd sorgen.
2. Schwarzwild muss konsequent bekämpft werden. Jäger sollten 150 Euro für die Bejagung, den Transport und die Entsorgung eines Tieres erhalten.
3. Der Krisenstab des BMEL sollte eine bundesweite Versorgung mit Laborverbrauchsmaterial organisieren.
4. Die Bundesregierung sollte nochmals alles daransetzen, die ASP gemeinsam mit der Regierung von Polen zu bekämpfen und dafür beiderseits der Grenze eine weiße Zone einzurichten.
5. Höfe aus den gefährdeten Gebieten müssen Ausgleichszahlungen erhalten.
6. Die Krisenstäbe in den Landkreisen dürfen nicht allein gelassen werden. Es bedarf einer erfolgreichen, durchgreifenden und zentralen Steuerung.
7. Das Verbot der Freilandhaltung muss umgehend umgesetzt werden.
8. Die Regionalisierung der Exporte im Tierseuchengeschehen muss zur Chefsache gemacht werden. Die Bundeskanzlerin sollte hier die Initiative ergreifen und die jahrelangen erfolglosen Bemühungen auf den ministerialen Ebenen selbst zum Abschluss bringen.

### **Jäger und Landwirte werfen den Behörden Schlamperei vor**



Auch Dr. Dirk-Henner Wellershoff, der Vorsitzende des Landesjagdverbandes Brandenburg, kritisiert die „unverändert schleppenden“ Maßnahmen in seinem Bundesland. Wie desolat die Lage vor Ort in den betroffenen brandenburgischen Landkreisen mitunter ist, beschreibt Max-Georg von Korff, Vorsitzender des Jagdverbandes Altkreis Seelow. Er ist nach den neuen ASP-Funden im Kreis Märkisch-Oderland den Zaun um die Kernzone beiderseits Küstrin-Kietz abgefahren. In einem Brief an den Landrat zeigt er sich erschüttert über die Missstände: „Der Elektrozaun war an mehreren Stellen großflächig umgekippt, geerdet und ohne Strom. Einige Batterien waren leer. Zum Teil war der Zaun auch bereits unter Wasser bzw. in Gräben so unwirksam aufgestellt, dass er von Wildschweinen problemlos unterlaufen werden konnte! Um es kurz zu machen: Seit Montag vergangener Woche hat sich trotz Meldung an das Kreisveterinäramt nichts getan. Ich habe auch feststellen müssen, dass der feste Zaun dort, wo er eine Straße oder Wege kreuzt, nicht verschließbar ist.“ Feste Zäune sind nicht dicht, es fehlen verschließbare Tore an Straßen und Wegen. Der Jäger spricht von Schlamperei, was die Landwirte in der Region bestätigen. Die Folge: Niemand kann sagen, wie viele infizierte Sauen sich in der Gefährdungszone oder gar darüber hinaus befinden. Er habe darauf hingewiesen, schreibt Korff, dass alle erlegten Sauen auf ASP zu beproben seien. Dazu sei aber vom Amtstierarzt keine Anweisung ergangen.

Wegen der prekären Situation bieten der Bundesverband Deutscher Berufsjäger und der Landesverband der Berufsjäger Brandenburg ihre fachliche Unterstützung an. Wie der Bundesgeschäftsführer Hermann Wolff zusicherte, kann der zuständigen Stelle des Landes Brandenburg zeitnah ein Konzept vorgestellt werden, um eine professionelle Bekämpfung gegen die ASP bei Wildschweinen unter Einbindung von Berufsjägern zu gewährleisten.

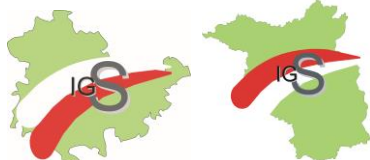
### **Wirtschaftliche Schäden und Ansehensverluste für ganz Deutschland**

Der wirtschaftliche Schaden für Deutschland geht in die Milliarden Euro pro Jahr, in der EU sind es etliche Milliarden mehr, vor allem infolge der Exportverbote nach Asien. Gleichzeitig muss auch der immaterielle Schaden betrachtet werden. Weil Deutschland seit mehr als fünf Monaten nicht in der Lage ist, der ASP Herr zu werden, sinkt die Verlässlichkeit der deutschen und europäischen Nahrungsmittelexporte. Die deutschen landwirtschaftlichen Produkte sind mit dem Makel der unzureichenden Seuchenbekämpfung behaftet. Diese Verwerfungen führen zu einer Vielzahl von Betriebsaufgaben in der Landwirtschaft hierzulande, zunächst bei schweinhaltenden Betrieben, später auch bei anderen Höfen, beispielsweise Pflanzenbaubetrieben. Zusätzlich beeinträchtigt die Entwicklung die Bereiche der vorgelagerten und der nachgelagerten Industrien: Zuchtbetriebe, Futtermittelerzeuger, Tiermedizinerhersteller, Landmaschinen-Unternehmen und viele weitere.

### **Die ASP-Katastrophe wäre vermeidbar gewesen, aber die Deiche sind gebrochen**

Die Deiche sind jetzt gebrochen: Die politischen Entscheidungsträger in Brandenburg gefährden womöglich die regionale Selbstversorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln – und darüber hinaus auch die gesamte Nahrungsmittelwirtschaft in Deutschland. Denn wenn die ASP in Brandenburg nicht wirkungsvoll ausgelöscht wird und die Fälle in den nächsten Monaten möglicherweise auch westliche Bundesländer betreffen, wird das gesamte Republik in Mitleidenschaft gezogen.

All dies wäre völlig vermeidbar gewesen, wenn die Berliner Politik vorbeugend gehandelt hätte. Denn 2014 waren die ersten Fälle in Polen aufgetreten und 2017 in Tschechien. Aber Deutschland hat sich nicht grundlegend vorbereitet. Allerspätestens nach dem Auftreten der ersten ASP-Fälle



auf deutschem Boden im September 2020 hätte das Land mit Macht, konsequent und grundlegend handeln sollen. Die Bundesländer hätten eine gemeinsame Strategie entwickeln und schnell und erfolgreich umsetzen müssen. Das ist nicht geschehen.

### **Lösungsvorschläge von Betroffenen und Experten**

Die Interessengemeinschaften der Schweinehalter der vier Länder schlagen vor, eine *Zone Blanche* (weiße Zone) wie in Frankreich zu etablieren. Dafür müsste ein zweiter Zaun als zusätzliche Sicherung etwa einen Kilometer westlich des Zaunes errichtet werden, der an der Grenze zu Polen verläuft. Das Gebiet dazwischen muss sodann wildschweinfrei gehalten werden und würde als Puffer dienen.

Brandenburg reklamiert, es fehle an gesetzlichen Grundlagen, um die Bundeswehr zur Bekämpfung der ASP einzusetzen, also vor allem zum Bau von Zäunen. Tschechien hatte binnen zehn Tagen nach dem Auftreten der ASP diese Grundlagen geschaffen und Soldaten eingesetzt, weil dort die Seuche ernst genommen wurde. Auch Frankreich hat die ASP mit Hilfe seines Militärs erfolgreich bekämpft. Die Jagd, so meinen die Interessengemeinschaften, sollte mit allen verfügbaren personellen und materiellen Mitteln erfolgen.

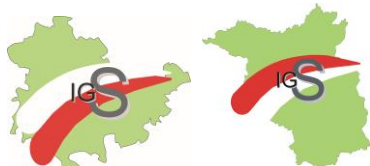
### **Appell und Fragen an die Landesregierung Brandenburg**

Die Interessengemeinschaften der Schweinehalter in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie der Schweinewirtschaftsverband Sachsen-Anhalt haben in ihrem *Whitepaper* Forderungen an die Politik gelistet. Das Dokument ist u.a. auf der Webseite der IGS Thüringen abrufbar:

[https://www.thueringer-schweinehalter.de/services/files/Whitepaper\\_ASP\\_15012021.pdf](https://www.thueringer-schweinehalter.de/services/files/Whitepaper_ASP_15012021.pdf)

Darüber hinaus richten die Interessenvertretungen der Schweinehalter folgende Fragen an die Landesregierung Brandenburg:

- Warum schafft es die brandenburgische Landesregierung nicht, die ASP zu bannen? Warum funktionieren die Bemühungen bislang nicht? Was gedenkt die Landesregierung Brandenburg zu tun, um der ASP in den nächsten Wochen Herr zu werden?
- Warum hat Brandenburg nicht für Präventionsmaßnahmen gesorgt, nachdem sich die ASP seit 2007 von Südosteuropa über den Ostteil des Kontinents und westwärts ausgedehnt hat? Waren der Bundesregierung und der Landesregierung in Potsdam nicht schon vor Jahren bewusst, dass die ASP, auch irgendwann Deutschland erreichen würde?
- Warum gab es keine Absprachen mit Polen?
- Warum wurden vor Jahren keine Zäune gebaut?
- Warum gibt es bis heute keinen lückenlosen festen Zaun an der Grenze zu Polen? Warum fehlen noch immer rund 250 Kilometer feste Zäune an der Grenze zu Polen und zur Abgrenzung der Kernzonen und der weißen Zonen in Brandenburg? Warum dauern die Zaunbaumaßnahmen in Brandenburg so lange, während sie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vor Monaten weitgehend abgeschlossen wurden? Warum sind nicht einmal die Kernzonen in Brandenburg bis heute lückenlos mit einem festen Zaun abgeschlossen? Wie lange will sich Brandenburg noch Zeit lassen mit dem Bau von festen Zäunen?
- Warum werden kleine, leichte, mobile Elektrozäune verlegt, die umfallen oder von Wildschweinen überrannt werden? Warum wird nicht systematisch kontrolliert, wo die Zäune umgefallen oder überrannt worden sind?
- Warum gibt es bis heute offenbar kein zentrales Bejagungskonzept für Brandenburg?
- Warum gibt es offenbar kein Konzept der Landesregierung, das ein Übergreifen der ASP auf andere Bundesländer verhindert, beispielsweise eine zusätzliche Sperre entlang der Autobahnen 10, 11, 13 und 17 in Nord-Süd-Richtung in Brandenburg (wie es im Whitepaper



der Interessengemeinschaften der Schweinehalter zur ASP vom 15.1.2021 angeregt worden ist)?

- Warum überlässt die Potsdamer Regierung die Seuchenbekämpfung den betroffenen Landkreisen und übernimmt nicht selbst mit Wucht und den nötigen Ressourcen die Verantwortung dafür?
- Warum lässt es die Landesregierung zu, dass die Landkreise unterschiedliche Maßnahmen treffen, die jeweils (einigermaßen sinnfrei) an den Landkreisgrenzen enden?
- Warum werden die Jäger, die die schwierige Arbeit der Bejagung und Entsorgung von Schwarzwild in ihrer Freizeit machen, von der Landesregierung nicht stärker unterstützt? Warum gibt es keine Prämie von 150 Euro pro Tier dafür?
- Seit wann verhandelt die Bundesregierung über die Regionalisierung bei Tierseuchenfällen mit China und anderen asiatischen Staaten? Warum gibt es bis heute kein Ergebnis?

Hans-Christian Daniels, Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Schweinehalter (IGS) Brandenburg

Rita Blum, Vorsitzende der IGS Sachsen

Hans-Georg Meyer, Vorsitzender des Schweinewirtschaftsverbandes Sachsen-Anhalt

Andrè Telle, Vorsitzender der IGS Thüringen

#### **Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:**

Frank Tiggemann, IGS Brandenburg, IGS-brandenburg@t-online.de; Tel: 0171-4536140

Ruhlsdorf, 22. Januar 2021

Diese aktuellen Fotos stehen Ihnen zur freien Verwendung zur Verfügung.



Dieser tote Frischling wurde am 17.1.2021 an der Alten Oder/Wichsee in Brandenburg gefunden.



Die Überreste dieses Wildschweins sind heute Vormittag (22.1.2021) in einem Maisfeld bei Genschmar in der alten ASP-Kernzone im Landkreis Märkisch-Oderland gefunden worden.